

Citizen Assembly & Citizen Panel im Demokratie Labor Basel

Sarah Martin, Projektleiterin Demokratie Labor Basel
Annique Lombard, wissenschaftliche Mitarbeiterin, BFH, IPST

Citizen Assembly und Citizen Panel im Demokratie Labor Basel

**Bürger:innen-Beteiligung in Städten und
Gemeinden
eGov Lunch I 5.6.24 in Bern**

Demokratie
Labor



Finanziert von:



RAIFFEISEN
Raiffeisen Jubiläumsstiftung

cms
Christoph Merian Stiftung

Das Projektteam

Berner Fachhochschule
Wissenschaftliche
Projektdurchführung



Dr. Daniel Schwarz



Dr. Annique Lombard



Jan Fivaz

Verein Demokratie Labor
Gesamtprojektleitung und
Kommunikation



Sarah Martin



Elias H. Schäfer



Christian Hansen

Ziele des Demokratie Labor Basel

- **Neue Ansätze testen** mit der Bevölkerung (> 3000 Partizipierende aus Basler Bevölkerung)
- **Wissen teilen** und Handlungsempfehlungen ableiten (in 4 Modulen und 10 Teilprojekten)
- **Diskurs anregen** über Zukunft der Demokratie (u.a. mit öffentlichen Veranstaltungen)



Unterschiedliche Teilprojekte

Laufzeit

2022-2025

> 3000 Partizipierende

demokratielabor.ch

<p>Modul 1</p> <p>ALTERNATIVE ABSTIMMUNGS- UND WAHLVERFAHREN</p>	<p>Modul 2</p> <p>POLITISCHE ENTSCHEIDUNGS- FINDUNG</p>	<p>Modul 3</p> <p>BETEILIGUNG UND PARTIZIPATION</p>	<p>Modul 4</p> <p>BÜRGER:INNEN RÜCK- MELDUNGEN</p>
<p>Teilprojekt 1.1</p> <p>Fuzzy- Voting ✓</p>	<p>Teilprojekt 2.1</p> <p>Panel Citoyen ✓</p>	<p>Teilprojekt 3.1</p> <p>Citizen Budget</p>	<p>Teilprojekt 4.1</p> <p>Liquid Feedback</p>
<p>Teilprojekt 1.2</p> <p>Ranked Choice ✓</p>	<p>Teilprojekt 2.2</p> <p>Abstimm- ungshilfe</p>	<p>Teilprojekt 3.2</p> <p>Citizen Assembly ✓</p>	<p>Teilprojekt 4.2</p> <p>Bürger:innen- Motion</p>
		<p>Teilprojekt 3.3</p> <p>Citizen Council ✓</p>	<p>Teilprojekt 4.3</p> <p>Smart Ask</p>

Bürger:innen-Panel «Klimagesetz»

Rückblick

Modul 2 | Teilprojekt 2.1

Das Bürger:innen-Panel

Im Teilprojekt 2.1 Panel Citoyen testeten wir im Vorfeld der Volksabstimmung von Juni 2023 eine **zusätzliche Entscheidungshilfe**.

Das Abstimmungsthema

Konkret ging es um das «**Klimazielergesetz**», auch «Klimaschutzgesetz» genannt.

Das war ein indirekter Gegenvorschlag des Parlaments zur Gletscherinitiative.

Die SVP reichte damals ein fakultatives Referendum ein, das im Februar 2023 mit 103'015 Unterschriften zustande kam.

Das Zeil des Panels

Das gemeinsame Erarbeiten von den wichtigsten **Pro- und Contra-Argumenten**.

- Dafür lasen sich die Bürger:innen in das Thema ein.
- Eingeladener Politiker:innen debattierten ihre Positionen.
- Die Teilnehmenden diskutierten in Gruppen und im Plenum die wichtigsten Aspekte der Inhalte.

→ Schliesslich einigten sie sich auf eine Auswahl der **wichtigsten Argumente** für den Bürger:innen-Brief.



Bürger:innen-Brief

Zur Abstimmung über das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) vom 30. September 2022 («Klimazielgesetz»)

Über den Bürger:innen-Brief

- Dieser Bürger:innen-Brief wurde von einem zufällig ausgewählten Bürger:innen-Panel im Rahmen des Forschungsprojektes Demokratie Labor Basel am 29. April 2023 ausgearbeitet. Das Panel bestand aus 15 Basler:innen und war nach Geschlecht, Alter und politischen Standpunkten divers zusammengesetzt.
- Der Brief enthält **allgemeine Informationen** sowie **drei Pro- und drei Contra-Argumente** für die am 18. Juni 2023 anstehende Abstimmung zum Klimazielgesetz. Die Teilnehmenden des Panels haben diese Argumente **als jeweils wichtigste Argumente** für die Annahme des Klimazielgesetzes und für die Ablehnung des Klimazielgesetzes herausgearbeitet.
- **Sämtliche Inhalte wurden von den Teilnehmenden des Panels selbst erarbeitet** mit dem Ziel, ihren Mitbürger:innen eine **zusätzliche Informations- und Entscheidungsgrundlage** anzubieten.
- Die Inhalte des Bürger:innen-Briefes stellen weder die offiziellen Positionen des Kantons Basel-Stadt noch die von Parteien oder anderen Organisationen dar. Das Projektteam des Demokratie Labor Basel hat lediglich bei der sprachlichen und stilistischen Schlussredaktion geholfen.

Allgemeine Informationen zum Klimazielgesetz

- Die Schweiz hat sich zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Mit dem Klimazielgesetz werden diese Klimaziele in der Schweiz gesetzlich verankert.
- Das Gesetz verfolgt hauptsächlich die folgenden Ziele:
 - Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen und die Anwendung von Negativ-Emissionstechnologien;
 - Anpassung an und Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels;
 - Ausrichtung der Finanzmittelflüsse auf eine emissionsarme und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähige Entwicklung.
- Für die Verminderung der Treibhausgase sind Zwischenziele vorgesehen. Für die Sektoren Verkehr, Industrie und Gebäude gibt es unterschiedliche Richtwerte.
- Der Bund fördert im Rahmen eines Impulsprogramms den Ersatz von fossil betriebenen Heizungen über einen Zeitraum von zehn Jahren mit 200 Millionen Franken pro Jahr.
- Das Klimazielgesetz stellt den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments zur Gletscher-Initiative dar. Zur Abstimmung kommt es, da die SVP die für ein Referendum nötigen Unterschriften gesammelt hat.
- Gemäss dem Klimazielgesetz sichert der Bund Unternehmen bis zum Jahr 2030 Finanzhilfen zur Förderung der Anwendung von neuen Technologien und Prozessen zu, wenn diese der Erreichung der Klimaziele dienen.



Pro-Argumente

Trendwende zu Nachhaltigkeit schaffen

Argument: Die Gesellschaft erhält mit dem Klimazielgesetz konkrete und wirksame Werkzeuge an die Hand, um fossile Energieträger zu ersetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Trendwende hin zu einer nachhaltigeren Zukunft zu schaffen.

Dies ist wichtig, weil der aktuelle Umgang mit Energie nicht im Einklang mit den planetaren Grenzen steht. Extreme Wetterphänomene nehmen beobachtbar und fühlbar weiter zu. Sie sind statistisch nachweisbar und signifikant. Es muss daher jetzt gehandelt werden.

Verantwortung übernehmen

Argument: Mit der Annahme des Gesetzes wird Verantwortung übernommen: Zukünftige Generationen sollen nicht mit den negativen Konsequenzen des Handelns aktueller Generationen belastet werden. Die Schweiz hat gemeinsam mit 194 weiteren Parteien (Einzelstaaten und der EU) das Abkommen von Paris unterzeichnet (UNFCCC 2023) und sich darin verpflichtet, diese Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Gesetz wird diese Verpflichtung angegangen.

Dies ist wichtig, weil die Schweiz als wirtschaftlich starkes Land mit einem grossen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch eine Vorbildfunktion einnehmen muss, wenn den zukünftigen Generationen eine gesunde Umwelt übergeben werden soll.

Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren

Argument: Heute ist die Schweiz für ca. 70 Prozent der benötigten Energie vom Ausland abhängig (BFS 2022). Über zwei Drittel der in der Schweiz verbrauchten Energie stammt aus nicht-erneuerbaren Quellen; hauptsächlich Erdöl und Kernenergie (BFE 2021). Das Klimazielgesetz setzt den Anreiz und stellt finanzielle Ressourcen für Forschung und Entwicklung zur Verfügung, um die bereits vorhandene Energieproduktion im Inland besser zu nutzen, stärker zu fördern und auszubauen.

Dies ist wichtig, weil sich durch das Ersetzen fossiler Energieträger die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland verringert. Zugleich werden durch die Transformation des Energiesektors und die Investitionen in Forschung und Industrie neue und nachhaltige Geschäftsfelder und Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen.

Contra-Argumente

Fehlende Ressourcen für Umsetzung

Argument: Auf dem Arbeitsmarkt fehlen bereits heute in vielen Bereichen Fachkräfte. Der Technologiewandel und der Ausbau erneuerbarer Energie-Infrastrukturen erfordern zusätzliche Fachkräfte und umfangreiche materielle Ressourcen. Das Gesetz zeigt nicht auf, wie diese Problematik angegangen werden kann bzw. soll.

Dies ist wichtig, weil das Gesetz die Ziele hochsteckt und nicht klar ist, ob die dafür notwendigen Ressourcen und Fachkräfte in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Umweltlasten durch Ausbau erneuerbarer Energie

Argument: In Europa ist die Schweiz bereits heute eines der Länder mit dem niedrigsten Energie-Selbstversorgungsgrad. Wenn die gesamte Energie aus erneuerbaren Quellen stammen soll, müsste die inländische Stromproduktion stark ausgebaut werden.

Dies ist wichtig, weil deshalb nach Annahme des Gesetzes mit einem grossflächigen Ausbau von Solarpanels, Wasserkraftwerken und Windkraftanlagen gerechnet werden muss. Dies hätte Eingriffe in die Natur - unter anderem auch in Gebirgstälern und hochalpinen Gebieten - zur Folge. Diese Eingriffe könnten nicht zuletzt der Biodiversität schaden, die touristische Attraktivität vermindern und sich somit negativ auf die Wirtschaft auswirken.

Versorgungssicherheit nicht gewährleistet

Argument: Es bestehen Zweifel, dass die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien allein gewährleistet werden kann. Es ist ein Risiko vorhanden, dass die Versorgungssicherheit bei Annahme des Gesetzes mittelfristig nicht gewährleistet werden kann. Entstehende Versorgungsgengässe könnten zu Versorgungsunsicherheit und höheren Energiepreisen führen.

Dies ist wichtig, weil in Zukunft mit einem weiter steigenden Energiebedarf zu rechnen ist. Die Abhängigkeit von erneuerbaren Energien wächst, weil mittel- oder langfristig auf Kernkraftenergie und fossile Energien verzichtet werden muss. Gegenwärtig kann nicht davon ausgegangen werden, dass allfällige neue Technologien diese Lücken vollständig kompensieren werden können.

Resultate der Auswertung

- Im Experiment wurde dem Bürger:innen-Brief relativ grosse Beachtung geschenkt mit **65%**
- Von den Teilnehmenden würden **70%** eine Einführung eines Bürger:innen-Briefes begrüßen
- Das Vertrauen in die zusätzliche Informationsquelle ist **sehr gross**
- Die Bedeutung und der Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ist **sehr gering**

Details im
Schlussbericht:
demokratielabor.ch

Fazit – Erfahrung aus dem Bürger:innen-Panel

- Das Experiment und ist insgesamt gelungen
- Die Gestaltung des Programms ist ein Abwägen von:
 - Zeit: «kompakt» – «nicht überladen»
 - Inhalten: «genau/korrekt» - «nicht zu wissenschaftlich»
 - Sprache: «faktisch, genau» – «zugänglich, nicht zu viele Fachbegriffe»
 - Moderation: «begleitend passiv» – «aktiv intervenierend»
- Die Motivation der Teilnehmer:innen war beachtlich
- Die Teilnehmer:innen haben sowohl Pro/Contra Argumente formuliert und sich andere Meinungen angehört und diskutiert
- Der Umgangston und die Diskussionskultur war gut

Bürger:innen-Versammlung «Zukunft der Demokratie»

Rückblick

Modul 3 | Teilprojekt 3.2

Fragestellungen

Wie kann die **Demokratie** in Basel oder auch in der Schweiz **gestärkt** werden?

Was würden Sie an der Schweizer Demokratie **verändern**?

Wo sehen Sie **Verbesserungspotenzial**?

Mehrstufiger Prozess

SAMMELN von IDEEN

Januar-Februar
Online-Plattform
Freie Eingabe
67 Vorschläge
8 Themenblöcke

VERSAMMLUNG Tag 1

16. März
Priorisierung &
Diskussion von
6 Themenblöcken

27 Teilnehmende

VERSAMMLUNG Tag 2

6. April
Online-Voting &
Diskussion von
15 konkreten
Vorschlägen

27 Teilnehmende

A Debatten & Kampagnen

A1 Gleich lange Splees / Re-Aktivierung des Gedankens der Direkten Demokratie	A2 Echte Transparenz bei der Kampagnenfinanzierung
A3 Verleumdungen in Kampagnen bestrafen Faire Kampagnen	A4 Bekämpfung von Desinformation auf Social Media und digitalen Medien
A5 Bessere amtliche Abstimmungsinformationen / Abstimmungs-App	A6 Verbot von Umfragen vor Abstimmungen und Wahlen

B Digitale Demokratie

B1 Transparenz und Informationsverpflichtung für staatliches Handeln	B2 Zugänglichkeit für alle gewährleisten
B3 Einführung von E-Voting	B4 (BFH) Einführung von E-Collecting
Debatten-Forum (mit Video-ID); primäre Moderation	Schutz Wahlfälschung
Sicherheit muss gewährleistet sein	

C Direkte Demokratie

C1 Einbezug der Initiativkomitees bei der Umsetzung	C2 Einführung eines Finanzreferendums
C3 Jährliche Genehmigung des Budgets durch das Volk	C4 Stärkere Regulierung von Initiativen
C5 Ständemehr abschaffen oder reformieren	C6 Höhere Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden
C7 Beweggründe angeben	

D Medien & politische Bildung

D1 Mehr Transparenz in Zeitungsartikeln	D2 Eine Demokratie muss eine unabhängige Presse haben
D3 Direkte Demokratie bereits in der Schule	D4 Medienkompetenz für fundierte Entscheidungen stärken
D5 Kennenlernen des Regierungsbetriebes fördern	D6 Animierte Filme zu den wichtigsten Themen
Gefühl der (Bürger:innen) zu haben, andere Teile der (Ausübung) von Initiativen auf die (Politik) zu übertragen.	D5 Mehr Kurse, Info z. einer politischen Bildung, um sich mehr in der Schule zu beteiligen.
Politikverfahren sind aber nicht immer einfach, in denen die Inhalte von (Bürger:innen) direkt mitbestimmen.	26 D2

E Politische Rechte

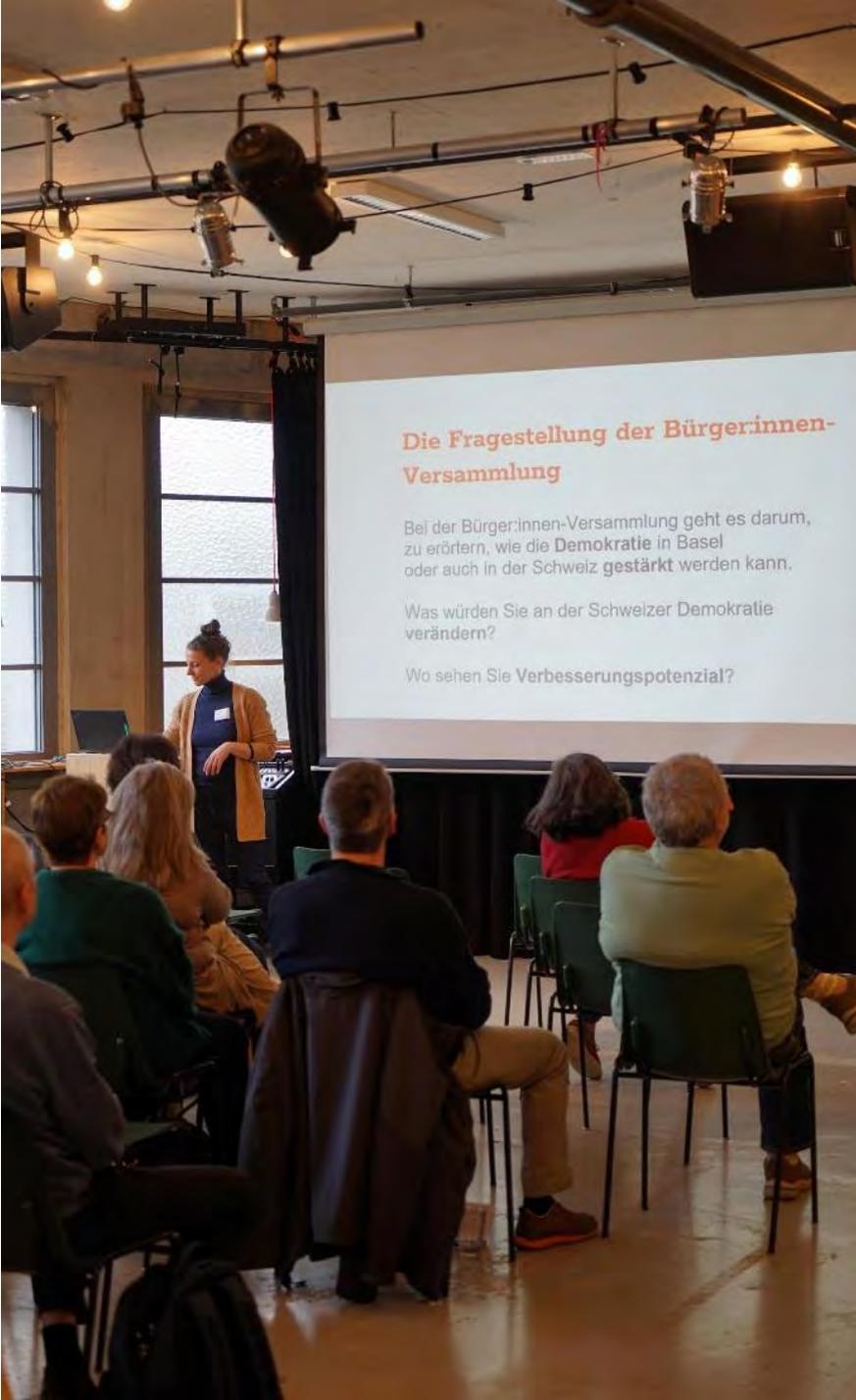
E1 Mitbestimmung für alle	E2 Zeitliche Begrenzung des Stimmrechts bei Auslandschweizer:innen ODER STIMMRECHT NUR AUF SU UND BASEL
E3 Erläuterungen bei der Einbürgerung	E4 Stimmrechtsalter 16
E5 Stimmrecht ab Geburt	E6 Nur Steuerzahlende dürfen abstimmen
Stimm-/Wahlpflicht	

G Partizipative Demokratie

G1 Partizipationsmöglichkeiten auf Quartierniveau	G2 Plattformen für Bürger:innen-Beteiligung
G3 Bürger:innen-Räte für Abstimmungsinformationen (Panel Citizen)	G4 Bürger:innen-Räte für Generationenbeteiligung
G5 (BFH) Einführung eines partizipativen Budgets in Basel-Stadt	G6 Betroffene im Ausland einbeziehen
G7 Ideen & Vorschläge einbringen können	G8 Mehr Partizipation in der Verwaltung
Bessere Adressierung der Langfristigen Entscheidungen	

H Diverse Themen & Ideen

H1 Mitbestimmung bei der Steuerverwendung	H2 Mehr Räume für Vereine, Parteien, Bürger:innenengagement
H3 Dienstpflicht für alle	H4 Regionen statt Kantone
H5 (BFH) Demokratie braucht Unparteilichkeit beim Bundesgericht	H6 Besserer Einbezug der Wissenschaft und von Spezialisten
H7 (BFH) Einführung eines Verfassungsgerichts	Schutz der Demokratie
Eigene Wahl, Balance/Brücke (Kommunikation)	Stärkere Verantwortlichkeit K. Richter



Das Ergebnis

15 Vorschläge zur Zukunft der Demokratie, davon **4 Ideen** vom Projektteam gewählt als Themen für eine öffentliche Diskussion.

Keine Forderungen, sondern
Anregungen zu Diskussion.

Details im Schlussbericht:

demokratielabor.ch

OPEN MIC POLITIK

«Zukunft der Demokratie»:
Mehr politische Partizipation

22. Mai 2024, 18:30–21:00 Uhr
Forum im kHaus Basel

Bürger:innen im Austausch mit
Politiker:innen

Demokratie
Labor



bajour

Finanziert von:



RAIFFEISEN
Raiffeisen Jubiläumsstiftung

cms
Christoph Merian Stiftung

Diskussionsthemen

Idee 1

**Einführung eines
Bürger:innen-Rats**

Idee 2

**Eine Stimme für
zukünftige
Generationsen**

Idee 3

**Die Schule als
Republik**

Idee 4

**Mehr Macht den
Quartiervereinen**

Idee 1

Einführung eines Bürger:innen-Rats

Bürger:innen-Räte sind Gremien aus zufällig ausgewählten Bürger:innen, die beauftragt werden, Lösungsvorschläge für bestimmte gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln, die der Stimmbevölkerung vorgelegt werden können.

Ergänzung des Parlaments

Temporäre oder permanente Einrichtung

Offen für Nicht-Stimmberechtigte

Verbindlichkeit der Beschlüsse

Zuweisung von Themen

Idee 2

Eine Stimme für zukünftige Generationen

Können wir in Basel einen Zukunftsrat einführen, der die Rechte zukünftiger Generationen in einem festgelegten Zeithorizont bei politischen Entscheidungen verbindlich vertritt?

Umfang des antizipierten Zeitraums

Unsicherheit über die Zukunft

Informationsbasis für Zukunftsrat

Integration ins politische System

Idee 3

Die Schule als Republik

Mehr Raum und Zeit für politische Bildung in unserem Schulsystem. Und vor allem: Mehr praktisches Erleben. Schon Kinder und Jugendliche sollen ihr Mitsprache- und Mitwirkungsrecht in verbindlichen Diskussionen und Entscheiden an ihrer Schule ausüben und entsprechende Erfahrungen ihrer Selbstwirksamkeit machen können.

Bereiche und Grenzen der Mitbestimmung

Stufengerechtigkeit

Erfüllung von Erwartungen

Idee 4

Mehr Macht den Quartiervereinen

Unsere Quartiervereine sind eine gute Sache, sollten aber noch breiter wahrgenommen und genutzt werden. Können wir ihnen mehr Einfluss und Wirkung geben durch ein integriertes partizipatives Budget? Jeder Quartierverein würde so demokratisch über die Verwendung eines bestimmten Teilbetrages des Kantonsbudgets in seinem Quartier bestimmen können.

Sichtbarkeit von Quartiervereinen

Ausgestaltung der Quartier-Mitbestimmung

Integration von Nicht-Stimmberechtigten

Mit dabei waren

Christian Egeler

Bürgergemeinderat FDP.Die Liberalen

Fina Girard

Grossrätin junges grünes bündnis

Mahir Kabakci

SP-Grossrat

Sara Murray

Co-Präsidentin Die Mitte

Daniel Ordás

Vizepräsident GLP

Dr. Stefan Suter

SVP-Grossrat

Moderation

Elias H. Schäfer

Demokratie Labor

Helena Krauser

Redaktorin bei Bajour

Publikum

60 Anmeldungen

Ablauf des Abends

1. Erste Runde Themen-Abstimmung Publikum
2. 60s-Kurz-Stellungnahme der Podiumsgäste
3. Zweite Runde Themen-Abstimmung Publikum
4. 5min-Befragung der Podiumsgäste auf dem heissen Stuhl
5. Offene Diskussion mit dem Publikum

Fazit

Chancen

- Grosses Interesse am Format
Bürger:innen-Versammlungen
von politischer Seite und
Publikum
- Rege Gesprächsteilnahme
- Respektvoller und interessierter
Umgang mit anderen
Meinungen
- Diskussion abseits
parteilicher Agenden

Herausforderungen

- Grosser Anteil Nicht-
Erscheinender
- Viel Werbung/
Kommunikation nötig
- Mediales Interesse eher klein
- Ausgeglichenheit von
wissenschaftlichen Inhalten
und Alltagssprache
- Politisch interessiertes
Milieu, wenig divers

Projektdurchführung:

**Demokratie
Labor**



Finanziert von:

